

INTERVIEW

«WIR SIND IN DER LOGIK DER VERHINDERUNG DES SCHLIMMSTEN»

*Interview mit Peter Maurer,
Präsident des Internationalen Komitees
des Roten Kreuzes (IKRK)*



Herr Maurer, vor vier Jahren wechselten Sie nach einer beeindruckenden Diplomatenkarriere vom Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten auf den Posten des Präsidenten des IKRK. Haben Sie heute mehr Empathie für die von Krieg und Konflikten betroffenen Menschen?

Peter Maurer: Als Schweizer Diplomat ist man sehr wenig mit der Realität des Krieges konfrontiert. Man ist selten in Kriegsgebieten. Vieles bleibt abstrakt: Man kennt die Zahlen, man sieht die politische Dynamik rund um Verhandlungen zur Kriegsbeendigung und man sieht die Interessen der beteiligten Mächte. Als IKRK-Präsident bin ich hingegen selbst häufig in Kriegsgebieten. Die Betroffenheit ist daher für mich heute unmittelbarer. Paradoxerweise finde ich es aber fast leichter, in Kriegsgebieten zu arbeiten, als nur über die Kriege in den Medien zu hören. Die Distanz zu einem Konflikt, wenn man ihn nur über die Berichterstattung verfolgt, führt zu einem Gefühl der Hilflosigkeit. Ist man hingegen vor Ort, kann man konkret etwas tun.

Hat sich Ihre Sicht auf aktuelle Kriege gewandelt?

Mein Bild über die heutigen Kriege und Konflikte hat sich konkretisiert. Die Merkmale des modernen Krieges und seine Widersprüchlichkeiten werden mir nun direkt vor Augen geführt. Gefiltert durch die Medien haben wir oft das Gefühl, dass die Dinge einfach und klar sind. Begibt man sich jedoch vor Ort, erkennt man die Fragmentierung der Kriegs-

landschaft. Bisweilen unterscheidet sich die Lage je nach Häuserblock. Unterschiedliche Gruppierungen haben das Sagen. An einigen Orten wird verhandelt, anderswo zerfallen Koalitionen oder werden neu zusammengesetzt. Das sind die Realitäten des Krieges, die ich vorher in dieser Konkretheit nicht gekannt habe.

Zudem ist der Krieg urbaner geworden.

Genau. Gekämpft wird heute nicht mehr wie einst bei Waterloo vor den Toren der Stadt, sondern in der Stadt selbst. Das hat schwerwiegende Folgen für die Zivilbevölkerung und damit auch für das huma-

«Gekämpft wird heute nicht mehr wie einst bei Waterloo vor den Toren der Stadt, sondern in der Stadt selbst.»

nitäre Völkerrecht. Legitime militärische Ziele befinden sich mitten unter der Zivilbevölkerung. Daher werden Grundlagen des humanitären Völkerrechts wie die Verhältnismässigkeit, die Unterscheidung von Kombattanten und Zivilisten oder

die Um- und Vorsicht oft nicht eingehalten. Mich beschäftigt zudem diese unglaubliche Ungleichzeitigkeit: An einem Ort zum Beispiel in Syrien oder Somalia herrscht Krieg, aber nur hundert Meter weiter leben die Menschen fast normal.

Ist es also für viele vom Krieg Betroffenen in Syrien oder anderswo möglich, in sichere Gebiete in ihrem eigenen Land zu gehen statt in Nachbarländer zu flüchten?

Tatsächlich leben zwei Drittel aller Gewaltvertriebenen immer noch in denjenigen Ländern, in denen Krieg herrscht. Diese Menschen haben heute viel mehr als früher die Möglichkeit, sich über die Lage zu informieren. Sie können am besten einschätzen, wo sie sich sicher fühlen. Da sich die Situation vor Ort sehr schnell ändern kann, sich die Betroffenen aber am besten auskennen, sollte man mit gutem Rat von aussen zurückhaltend sein. Wichtig für unsere Debatten in Europa ist zu wissen, dass nur ein kleiner Teil der von Krieg Betroffenen die Risiken eines weiten Weges nach Europa in Kauf nimmt.

Sie sagten, die Menschen könnten sich besser informieren. Denken Sie dabei auch an die Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien? Doch

können auf diesem Weg auch falsche Informationen verbreitet werden, oder es kommt gar zu bewussten Manipulationen. Was bedeutet dies für die Arbeit des IKRK?

Krieg bietet immer die Möglichkeit zu Manipulationen. Das war immer so, schon vor dem Zeitalter des Internets und der sozialen Medien. Aber Manipulationen werden auch oft schnell entdeckt. Unter dem Strich erleichtert das kommunikative Umfeld die Lageanalyse. Dies hilft wiederum der humanitären Arbeit.

Ist heutzutage ein von einem Konflikt direkt Betroffener besser informiert über die Situation vor Ort als ein interessierter Schweizer Zeitungsleser?

Die Erfahrungen der letzten Monate haben mich überrascht. Im Frühling 2016 war ich beispielsweise auf einem griechischen Schiff und habe einen Tag lang mit Flüchtlingen aus Syrien gesprochen. Dabei habe ich gesehen, wie diese Menschen kommunizieren und wie detailliert sie sich über die Migrationsrouten informieren. Oder ein anderes Beispiel: Im ländlichen Afghanistan habe ich erfahren, wie gut informiert die Dorfältesten in einem Dorf hundert Kilometer ausserhalb von Masar-e Sharif sind. Sie kennen die aktuellsten Äusserungen europäischer Politiker und wissen viel über die Dynamik der Entscheidungsprozesse in der EU.

Was bedeutet diese wachsende Relevanz der Informationen durch elektronische Kommunikationsmittel für die Betroffenen vor Ort für die humanitäre Arbeit?

In Regionen, in denen wir für die nahe Zukunft Konflikte erwarten, haben wir früher Medikamentendepots errichtet. Darüber hinaus ist es jedoch heute besonders wichtig geworden, mobile Telefone und entsprechende Ladegeräte verfügbar zu machen. Sie sind zu einem humanitären Gut geworden. Die Leute wollen sich informieren können, wie sich der Konflikt entwickelt, und sie wollen den Kontakt zu ihren Verwandten und Freunden halten oder wiederherstellen. In diesem Sinne hat sich die kommunikative Landschaft in einem Konflikt massiv verschoben.

Wenn mobile Telefone zu einem humanitären Gut geworden sind, hat sich mit diesen veränderten Bedürfnissen auch die «Kriegsökonomie» angepasst?

In der Tat gibt es ganz viele Konflikte, wo parallel zu intensiven militärischen Auseinandersetzungen auch eine Kriegsökonomie funktioniert.

Sie deckt durchaus gewisse Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Zu hohen, für viele zu hohen Preisen. Das ist sehr ungerecht.

Heute spielen sich Konflikte in einem grösseren Umfang in Städten ab als früher. Macht diese Urbanisierung des Konflikts Ihre Arbeit leichter, weil der humanitäre Zugang dadurch einfacher ist?

Nein, die Urbanisierung des Krieges macht die Arbeit des IKRK komplexer. In Städten ist die Verletzlichkeit der Infrastruktur grösser als auf dem Land. Die indirekten Folgen der Kriegsführung sind erheblich grösser als die direkten. Wenn beispielsweise ein Elektrizitätswerk am Rande einer Stadt bombardiert wird, gibt es für die Bevölkerung keinen Zugang zu Kommunikation mehr. Doch nicht nur das. Denn

«Menschen sterben nicht aufgrund direkter Kriegshandlungen, sondern weil sie an den Verletzlichkeiten städtischer Infrastruktur leiden.»

ohne Strom hören auch die Wasserpumpen auf, Wasser zu pumpen. Im Spital gibt es keine Elektrizität für den Operationssaal mehr, und dann suchen wir Benzin für den Generator. Nach zwei oder drei Wochen gibt es auch kein Benzin mehr. Also versucht man, das Elektrizitätswerk provisorisch zu reparieren. Damit

erreicht man vielleicht wieder 80 Prozent der Leistung. Zwei Wochen später wird das Elektrizitätswerk wieder bombardiert. Danach gelingt es vielleicht noch einmal, das Elektrizitätswerk auf 40 Prozent seiner Leistung zu bringen. Das reicht aber nicht, um wichtige Grundbedürfnisse abzudecken.

Und dann geraten Menschen in Not oder sterben – nicht aufgrund direkter Kriegshandlungen, sondern weil sie an den Verletzlichkeiten städtischer Infrastruktur leiden, zum Beispiel, weil im Spital keine Dialysegeräte mehr betrieben werden können oder weil eine Blinddarmpoperationen nicht mehr möglich ist. Diese nachhaltige Schwächung städtischer Infrastruktur erschwert die humanitäre Arbeit erheblich. Die Urbanisierung des Krieges hat zudem auch zur Folge, dass Grundregeln des humanitären Völkerrechtes fast nicht mehr eingehalten werden. Eine Kriegspartei bombardiert eine Kaserne, aber sie bombardiert sie so heftig, dass die umliegenden Häuser auch einstürzen, sodass Zivilisten unmittelbar betroffen sind.

Gibt es eine politische Diskussion über dieses Spannungsfeld von Genfer Konvention und urbaner Kriegsführung?

Die Essenz des humanitären Völkerrechtes ist eine vorsichtige Abwägung von militärischen Notwendigkeiten und Schutz der Bevölkerung. Nicht jeder kollaterale Schaden ist eine Verletzung des humanitären Völkerrechtes. Aber die Abwägung zwischen humanitärem Völkerecht und militärischen Erfordernissen muss angesichts der urbanen Kriegsschauplätze heute anders erfolgen als früher.

Dieses Thema nehmen wir deshalb immer wieder mit den Kriegsparteien auf. Wir rufen ihnen ständig in Erinnerung, dass die Prinzipien und Regeln der Genfer Konvention ihre Gültigkeit behalten. Wenn in Anbetracht der oft zur Verfügung stehenden Feuerkraft und der Taktiken urbaner Kriegsführung die Zivilbevölkerung nicht rechtzeitig gewarnt wird, dann werden humanitäre Prinzipien verletzt. Das Gebot der Verhältnismässigkeit besagt, dass militärische Gewalt nur proportional zum militärischen Gewinn, welcher erhofft werden kann, angewendet werden darf. Zugleich muss maximale Sorge getragen werden, militärische und zivile Infrastrukturen voneinander zu unterscheiden. Angewendet auf die urbane Kriegsführung müsste dies eigentlich oft heissen, dass Wohnquartiere nicht bombardiert werden dürfen.

Sehen Sie konkrete Erfolge dieser Sensibilisierung der Konfliktparteien?

Ich denke, wir machen in dieser Hinsicht durchaus Fortschritte. Die Nato führt etwa in Afghanistan heute anders Krieg als vor zehn Jahren, auch wegen des regelmässigen Austauschs zwischen dem IKRK und der westlichen Militärallianz. Das humanitäre Recht kann auch im heutigen schwierigen Kontext angewendet werden. Dies erfordert jedoch mehr als je zuvor diesen Raum der Vertraulichkeit und des Austausches zwischen uns und führenden Akteuren, die verantwortlich sind für die taktischen Entscheide in der militärischen Kriegsführung.

Braucht es auch neue oder angepasste Regeln?

Ich will nicht ausschliessen, dass wir vielleicht auch andere Regeln brauchen. Ich äussere mich jedoch sehr vorsichtig, welche Form andere Regeln haben könnten. Ich glaube, wir brauchen keine fünfte oder sechste Genfer Konvention oder ein viertes oder fünftes Zusatzprotokoll. Die Frage stellt sich vielmehr: Können sich heute die Staatenwelt und das

IKRK zumindest in der Interpretation der generellen Prinzipien und Regeln auf gewisse Kriterien einigen, sodass die Schutzbedürfnisse der Zivilbevölkerung in der Kriegführung einen grösseren Raum einnehmen?

Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Das IKRK versucht, über den Dialog mit Streitkräften und nicht-staatlichen Akteuren in einem Konflikt zu erreichen, dass die Möglichkeiten des Schutzes der Zivilbevölkerung besser einbezogen werden. Wir haben festgestellt, dass eine Beerdigung einer Ehrenperson in einem Dorf in Afghanistan auf einem Überwachungsbildschirm leicht mit der Formation eines militärischen Verbandes verwechselt werden kann. Inzwischen ist es gelungen, solche Fehlinterpretationen zu vermeiden, indem die Möglichkeit eines Bestattungsrituals in die Checkliste der Militärs bei Drohnenangriffen aufgenommen wurde.

Ferner konnten während der Luftkriegsführung im Gaza-Streifen, aber auch in Afghanistan und im Irak Leben geschützt werden, indem vor Bombardierungen Warnungen an die Zivilbevölkerung abgegeben wurden. Das ist nicht perfekt, das beendet nicht den Krieg, aber es hilft, die humanitären Auswirkungen von Kampfhandlungen zu begrenzen. Wenn dies noch besser gelänge, auch und vor allem in Syrien, gäbe es weit weniger Zerstörung und auch weniger Vertriebene. Die pragmatische Kraft des humanitären Völkerrechtes konsequent anzuwenden, hat auch in den heutigen Konflikten grösste Bedeutung.

Die Arbeit des IKRK basiert ganz wesentlich auf dem Prinzip der Unparteilichkeit. Andererseits sind Menschenrechtsverletzungen durch Kriegsparteien oft an der Tagesordnung und werden von manchen humanitären Organisationen angeprangert. Wie gehen Sie mit diesem Spannungsverhältnis um?

Als Hüter der Genfer Konventionen sind wir als IKRK primär auf die Anwendung der Genfer Konventionen, also des humanitären Völkerrechtes, bedacht. Obgleich wir uns um die Einhaltung der Menschenrechte sorgen, sind wir nicht der erste Ansprechpartner, um diese durchzusetzen. Fragen der Meinungsfreiheit oder der Freiheit der Religionsausübung stehen für uns nicht zuoberst auf der Tagesordnung. Wenn wir hingegen feststellen, dass Menschenrechte in einem Ausmass verletzt werden, wie dies auch unter den besonderen Bedingungen des Krieges nicht akzeptabel erscheint und daher auch der Kernbereich des

humanitären Völkerrechts betroffen ist, dann machen wir dies zum Bestandteil unseres vertraulichen Dialogs mit den Kriegsparteien.

Sie setzen also bewusst auf Vertraulichkeit und nicht auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Wir möchten auf diese Art Räume dafür schaffen, um die Lage zu verbessern und um die extremsten Auswirkungen von Krieg und Gewalt zu reduzieren. Wir sind dabei also in der Logik der Verhinderung des Schlimmsten. Dies bedeutet, die Durchsetzungsmöglichkeiten der Menschenrechte unter den Bedingungen von bewaffnetem Konflikt und Krieg pragmatisch einzuschätzen. Es bleibt also ein Spannungsfeld zwischen neutralen, unabhängigen und unparteilichen Aktivitäten einerseits, und dem Schweigen, das wir manchmal hinsichtlich Anliegen wie der Verbesserung der Einhaltung der Menschenrechte an den Tag legen, andererseits. Aber

«Es bleibt nützlich, eine klare Trennung von humanitärer und einer breiteren politischen Logik beizubehalten.»

Schweigen ist oft die Voraussetzung dafür, um überhaupt im Sinne unseres Auftrages in Kriegs- und Konfliktsituationen aktiv sein zu können. Mit anderen Worten: Es bleibt nützlich, eine klare Trennung von humanitärer und einer breiteren politischen Logik beizubehalten. Bei der humanitären Logik geht es um die Milderung der schlimmsten Auswirkungen von Gewalt und Krieg. Bei der politischen Logik geht es hingegen um Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen in ihren Gesellschaften. Wenn wir neutral, unabhängig und unparteilich glaubwürdig handeln, dann tragen wir bei zur minimalen Stabilisierung von Gesellschaften. Und diese minimale Stabilisierung von Gesellschaften ist meistens die Voraussetzung dafür, dass überhaupt um weitergehende Ziele in Gesellschaften gerungen werden kann. Das IKRK sieht sich als Vorbereiter von weitergehenden gesellschaftlichen Entwicklungen, aber wir äussern uns nicht über den konkreten Gehalt, weil wir sonst die Möglichkeit verlieren, unabhängig und unparteilich zu sein.

Wie wichtig ist die Schweizer Neutralität in der Aussenpolitik für Ihre Arbeit?
Die Schweiz definiert ihre Neutralität selbst. Das IKRK hat sein eigenes Verständnis von Neutralität. Was bei beiden gemeinsam ist, ist

letztlich der instrumentelle Charakter der Neutralität. Die Schweiz ist ein Land mit Interessen, und die Neutralität ist ein Instrument, welches einen grossen Konsens in diesem Lande geniesst, um Interessen wahrzunehmen. Auch für das IKRK ist Neutralität kein Selbstzweck. Unsere Neutralität soll es uns vielmehr ermöglichen, humanitäre Räume zu schaffen und unsere humanitären Dienstleistungen im Sinne der Hilfe und des Schutzes von Bevölkerungen zu realisieren. 150 Jahre Erfahrung zeigen: Wirksame und gute humanitäre Arbeit kann nur geleistet werden, wenn wir neutral, unabhängig und unparteilich sind und auch so wahrgenommen werden.

Kommen wir konkret zum Syrien-Konflikt. Wie schätzen Sie die Lage dort ein und wie stellt sich die Arbeit des IKRK im Moment vor Ort dar?

Der syrische Konflikt ist charakteristisch für die heutigen Konflikte. Wir haben seine Eigenschaften vorhin erwähnt: die Hyperfragmentierung von Akteuren, die Desintegration der Konfliktlandschaft, die direkten und indirekten Auswirkungen der Kriegsführung, hohe Feuerkraft bei grosser Verwundbarkeit und extreme Politisierung, nicht nur im Lande selber, sondern regional und global. Es handelt sich also um einen Konflikt, der jeden Tag in Moskau, in Washington, bei den ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates sowie bei regionalen Mächten auf der Agenda ist. Der Konflikt hat strukturelle Auswirkungen und nicht nur punktuelle.

In Syrien sehen wir ein Charakteristikum der heutigen Konflikte besonders deutlich: Geheime Kriegsoperationen werden besonders ausgiebig betrieben. Es treten also nicht nur offen erkennbare staatliche und nicht-staatliche Akteure auf, sondern auch staatliche Akteure, die mit ihren Spezialkräften tätig sind, und nicht-staatliche Akteure, welche sich wie Staaten benehmen. Der so genannte «Islamische Staat» (IS) ist ja eigentlich eine nicht-staatliche Gruppierung, welche den Anspruch eines Staates erhebt und folglich zunehmend staatliche Aufgaben wahrnimmt. Der IS kümmert sich um die soziale Infrastruktur und um Dienstleistungen für die Bevölkerung, er will Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Der IS ist also keine traditionelle Befreiungsorganisation, die das Ziel hat, die Macht zu erobern. Der IS ist eine Bewegung, die jeden Quadratmeter des von ihm kontrollierten Territoriums wie ein Staat verwaltet.

Der IS nennt sich zwar Staat, zugleich aber auch Kalifat. Er wird wohl kaum demnächst die UNO-Mitgliedschaft beantragen ...

Ja, eben, daran sehen Sie die Rollenverschiebungen. Staaten sind nicht notwendigerweise mit ihren Armeen, sondern mit Spezialkräften, deren Konfliktpresenz sie bestreiten, in Konflikten involviert. Umgekehrt gibt es nicht-staatliche Akteure, welche sich Staaten nennen und einen Anspruch erheben, öffentliche Räume zu kontrollieren und eine öffentliche Gewalt zu repräsentieren.

Hat diese Entwicklung auch Folgen für das IKRK als humanitären Akteur?
Obwohl sich die Rollen der Akteure verändern und es oft auch viel mehr Konfliktparteien gibt als früher, bleibt es bei der Grundannahme des IKRK: Humanitäre Arbeit muss letztlich konsensuelle Arbeit sein. Sie geschieht mit dem Einverständnis aller Konfliktparteien, oder sie geschieht eben nicht.

Welche Chancen räumen Sie den hier in Genf stattfindenden diplomatischen Bemühungen um eine Beilegung des syrischen Konflikts ein?

«Chancen» ist ein schwieriges Wort. Hoffnungen habe ich grosse, Erwartungen weniger grosse. Aus meiner langjährigen Tätigkeit bei der UNO kenne ich viele der beteiligten Akteure gut. Ich schätze deren Fähigkeit ausserordentlich hoch ein, aber der Verhandlungsgegenstand ist sehr komplex und schwierig. Wenn ich jetzt ein bisschen spekuliere: Für mich gibt es eine hoffnungsvolle Perspektive, und eine eher skeptische.

Woraus schöpfen Sie Hoffnung?

Ich habe in den letzten Monaten sowohl bei Besuchen in Syrien selbst als auch in Hauptstädten, welche involviert sind in diesen Konflikt, den Eindruck gewonnen, dass die Sensibilisierung für die ausserordentlich grossen Kosten dieses Konfliktes gewachsen ist. Ich glaube, zunehmend setzt sich die Einsicht durch, dass das Geschehen in Syrien das Potenzial hat, die internationalen Beziehungen so fundamental zu zerrütten, dass dies nicht länger im Interesse jener Mächte sein kann, die bisher letztlich diesen Konflikt durch ihre unversöhnlichen Positionen am Leben gehalten haben. Ich hoffe natürlich, dass diese Einsicht weiter wächst und sie zu Kompromissbereitschaft am Verhandlungstisch führt, sowohl bei den lokalen und regionalen wie auch bei den globalen Akteu-

ren. Den grössten Fortschritt haben die USA und Russland gemacht. Sie haben beide signalisiert, dass sie über dieses Thema sprechen können und Fortschritte wollen.

Und die skeptischere Sicht?

Ich weiss aus den Erfahrungen meiner eigenen diplomatischen Tätigkeit, wie viel es braucht, um ein Ergebnis zu erzielen. Jenseits der Strasse, an der wir dieses Interview heute in Genf führen, gibt es zwar einen Raum und einen Tisch. Aber es besteht keine Einigung, wer rund um den Tisch Platz nehmen soll, und es besteht keine Einigung darüber, was auf dem Tisch verhandelt werden soll. Wir sind also noch sehr weit entfernt von einer friedlichen Lösung, die auch wirklich nachhaltig wäre.

Welche Sicht ist realistischer, die pessimistische oder die optimistischere?

Hoffnung bereitet mir, dass es in Syrien bei allen Konfliktparteien Leute gibt – das konnte ich bei Gesprächen vor Ort erfahren – die einsehen, dass dieser Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann und die Kosten für das Land einfach zu hoch sind.

«Es scheint immer noch genügend Akteure zu geben, welche an den militärischen Sieg glauben.»

Andererseits scheint es immer noch genügend Akteure zu geben, welche an den militärischen Sieg glauben. Fortschritt wird erst möglich werden, wenn sich die erstere Position durchsetzt vor Ort in Syrien, aber auch in

der internationalen Gemeinschaft. Es gibt Anzeichen, es gibt positive Dynamiken, aber das reicht letztlich noch nicht.

Ein Akteur, der im Syrien-Konflikt eine wesentliche Rolle spielt, sind die USA. Präsident Obama würde sicherlich seine zweite Amtszeit gerne mit einem diplomatischen Erfolg punkto Syrien beenden. Wenn er es nicht schafft, stellt sich die Frage: Was macht der nächste Präsident, die nächste Präsidentin? Was hätten Sie da für Erwartungen?

Die USA und Russland haben seit dem Sommer 2015 zunehmend einen Gesprächsfaden zu Syrien gefunden. Dadurch wurden gewisse Fortschritte möglich. Ich würde erwarten, dass diese Anstrengungen in den USA fortgesetzt werden. Wir wissen aber auch: Syrien wird nicht durch einen einzigen Akteur zur Lösung kommen, sondern es braucht eine kri-

tische Masse lokaler Akteure, mindestens sieben regionale Akteure und mindestens zwei globale Akteure, welche letztlich zum Schluss kommen müssen, dass die militärische Lösung zu teuer ist und daher über längere Frist nicht ihren Interessen entspricht.

Für die nächste Zeit müssen wir wohl erstmal davon ausgehen, dass es noch viele Flüchtlingsbewegungen aus Syrien heraus geben wird.

Dies betrifft nicht nur Syrien. Wenn ich die 15, 20 grossen Konflikte betrachte, welche 90 Prozent des Budgets des IRKR absorbieren, dann sehe ich praktisch in keinem dieser Konflikte eine schnelle Lösung. Das lässt mich vermuten, dass Ihre Annahme richtig ist: Vertreibung durch Gewalt und Krieg ist ein Problem, mit dem wir noch ziemlich lange konfrontiert sein werden. Daher bleibt die Stabilisierung von Gesellschaften in Konflikten eine wichtige humanitäre Aufgabe. Wir hoffen, dass die humanitäre Arbeit dazu beiträgt, dass die von Konflikt betroffenen Menschen den Entscheid fällen, ihr Leben vor Ort weiterzuführen. Das werden sie aber nicht tun, wenn das Leben ihnen an ihrem Ort nicht mehr als lebenswert erscheint.

In westlichen Diskussionen verschwimmt oft die Unterscheidung zwischen tatsächlichen Kriegsflüchtlings und eher wirtschaftlich motivierten Migranten. Wie sehen Sie diese Unterscheidung aus Sicht des IRKR?

Die Vermischung der Begrifflichkeiten beschäftigt uns beim IKRK ausserordentlich. Ich muss Ihnen sagen, ich verstehe immer noch nicht genau, wie in den letzten zwölf Monaten in die internationale Politik eine so grosse Konfusion in der Begrifflichkeit rund um die Themen Migration, Flucht und Vertreibung entstehen konnte. Das kann auf Unwissen beruhen, das kann aber auch eine kommunikative Strategie sein, um Unsicherheit zu schaffen. Eigentlich sind die Begriffe klar definiert: Es gibt Flüchtlinge; die haben ein Schutzrecht. Es gibt interne Vertriebene; die stehen unter einem leicht anderen Schutzregime. Und es gibt Migranten. Es ist nicht immer leicht, diese drei Kategorien voneinander zu trennen. Wir müssen in der internationalen Gemeinschaft die Kriterien weiter verfeinern, um ein Einverständnis zu haben, wer in welche Kategorie fällt und wie man dies abklärt. Aber wie es geschehen konnte, dass heute jeder, der von A nach B fährt, ein Migrant ist, ist für mich doch schleierhaft.

Diese Vermischung hilft auch den Schutzbedürftigen nicht ...

Genau. Zuerst bläht es alle Zahlen auf. Wenn alle, die von A nach B gehen, Migranten sind, haben wir ein riesiges Problem, wenn Migration ein Problem ist. Wenn wir aber nur die Schutzbedürftigkeit ansehen und versuchen, pragmatische Lösungen zu finden, ist das Problem beherrschbar. Mir bereitet es Sorge, dass gerade in Europa im Zuge des letzten Sommers diese Begrifflichkeiten so stark ins Rutschen geraten sind und dadurch mehr Unklarheit herrscht, als eigentlich nötig wäre. Wir wissen alle, dass es heute gemischte Bevölkerungsbewegungen gibt. Wir wissen alle, dass es zirkuläre Migration gibt. Wir wissen alle, dass diese Phänomene komplex sind. Aber es ist mitnichten ein Grund, jetzt eine diffuse Begrifflichkeit zu schaffen, welche so grosse Unklarheit darüber entstehen lässt, wer Schutz braucht und was vernünftige Schutzanliegen sind. Das beschäftigt mich wirklich. Ich hoffe, dass bald eine Beruhigung eintritt und ein bisschen mehr Differenziertheit ins Gespräch kommt.

Die Flüchtlingsbewegungen nach Europa sind also Ihrer Ansicht nach beherrschbar und kein unlösbares Problem?

Die Zahlen finde ich immer eindrücklich in Erinnerung zu rufen: Es gibt rund 60 Millionen Menschen, die relativ klar den Anspruch erheben können, durch kriegerische Ereignisse vertrieben worden zu sein. Vielleicht sind es 60, vielleicht 62, vielleicht 58. Von diesen rund 60 Millionen leben etwas über 40 Millionen Menschen noch immer in den Ländern, in welchen Krieg herrscht. Nur etwa 20 Millionen sind rechtlich gesehen Flüchtlinge, das heisst, sie haben eine Grenze überschritten und sind aus dem Konfliktgebiet in ein Nachbarland geflohen oder noch weiter. Und nochmals viel weniger sind nach Europa gegangen.

Europa sollte diese Flüchtlinge aus Kriegsgebieten also problemlos aufnehmen können?

Ich anerkenne, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht leicht ist, wenn plötzlich auf 1000 Einheimische 20, 30, 50, 100 Flüchtlinge kommen. Wenn plötzlich mehr Leute im Dorf sind, hat der Arzt mehr zu tun und kann nicht alle gleichzeitig versorgen. Das kriert Probleme und Ängste. Ihnen zu begegnen, erfordert komplizierte Verfahren, Prozesse, Hilfsleistung und Unterstützung.

Auch in den Kriegsgebieten selbst stellen wir fest, dass es Spannungen zwischen den Ansässigen und den intern Vertriebenen gibt. Diese ähneln in vielerlei Hinsicht den Spannungen zwischen der schweizerischen Bevölkerung und der Flüchtlingsbevölkerung. In anderen europäischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich ist es ähnlich. Es ist immer das gleiche Phänomen: Wenn Sie ein Verwandter über das Wochenende besucht, ist das eine gute Sache. Wenn der Verwandte dann aber zwei oder drei Wochen bleibt, dann findet man, er könne eigentlich jetzt bald wieder gehen. Dann wird's eng im Badezimmer und in der Küche.

Ich will damit sagen: Ich habe Verständnis dafür, dass es nicht leicht ist. Und trotzdem muss ich, als ein Repräsentant einer humanitären Organisation, welche global tätig ist, immer auch die globale Perspektive in Erinnerung rufen. Der grösste Teil jener, welche durch Gewalt und Flucht vertrieben worden sind, lebt heute bei Verwandten oder Freunden im eigenen Land oder im Nachbarland. Trotz wesentlich schwächeren Infrastrukturen als in Europa sind dies ungeachtet aller Probleme Solidargemeinschaften. Es ist unsere Aufgabe als humanitäre Organisation, diese Gemeinschaften vor Ort in den Konfliktgebieten zu unterstützen.

*Das Gespräch führten Christian Nünlist und Oliver Thränert
am 17. August 2016 am Sitz des IKRK in Genf.*